

Volksstimme

Donnerstag, 1. Februar 2018 | Nr. 13

VOLKSSTIMME – DIE ZEITUNG FÜR DAS OBERBASELBIET

136. Jahrgang AZ 4450 Sissach

Die «Volksstimme» erscheint:
Dienstag, Donnerstag, Freitag
Abonnement: 196 Franken jährlich
Einzelverkaufspreis: 2 Franken
Abo-Service: abo@volksstimme.ch
Tel. 061 976 10 70, Fax 061 976 10 11
Redaktion: redaktion@volksstimme.ch
Tel. 061 976 10 30, Fax 061 976 10 13
Verlag: Schaub Medien AG,
Hauptstrasse 31–33, 4450 Sissach
www.volksstimme.ch



Abflug

Christoph Wiedmer ist zum Volk der Yanomami im brasilianischen Dschungel gereist. **Seite 2**



Abfahrt

Die Liestalerin Sabina Hafner startet im Bob in ihre dritten olympischen Winterspiele. **Seite 11**



Aufwartung

Das Rothenflüher Hutzgüri besucht morgen seine fremdbestimmten Gastgeber. **Seite 13**

Baselbiet	2
Aktuell	3
Persönlich	10
Rendez-vous	13, 14

Polizeigesetz in der Kritik

Baselbiet | «Zuerst sollten Polizisten vor Ort sein»

jam. Immer mehr Oberbaselbieter Gemeinden verzichten im Bereich Ruhe und Ordnung auf eine Zusammenarbeit mit der Polizei. Stattdessen kümmern sie sich entsprechend dem Polizeigesetz selber darum oder beauftragen private Sicherheitsunternehmen. Ein häufig engagierter Sicherheitsdienst ist die 24 Security GmbH. Das Geschäft profitiert von den neuen Aufträgen. Gleichwohl ist der stell-

vertretende Geschäftsführer kritisch: «Ich bin der Meinung, dass prinzipiell in jedem Fall zuerst die Polizei vor Ort sein sollte. Dass in erster Linie die Gemeinden für Ruhe und Ordnung zuständig sind, erachte ich als problematisch.» Denn es lasse sich im Vorfeld nur schwer einschätzen, ob es sich nur um eine Störung von Ruhe und Ordnung handle oder ob Schwerwiegenderes vorliege. **Seite 3**

Stille Glocken um halb sechs

Titterten | Dorf verschiebt Betzeitgeläut



Ruhe und Ordnung zum Niedertarif

Baselbiet | Was, wenn eine Meldung falsch interpretiert wird?

Immer mehr Gemeinden arbeiten im Bereich Ruhe und Ordnung mit privaten Sicherheitsunternehmen zusammen. Ein Vertreter eines solchen Dienstleisters ist jedoch kritisch: «Prinzipiell sollte zuerst die Polizei vor Ort sein.» Denn man könne nie wissen, was man vor Ort antrifft.

Jan Amsler

Einmal Sturmschaden, dreimal tote oder entlaufene Tiere, zweimal Lärmbelästigung – insgesamt sechs Einsätze hat die 24 Security GmbH vergangenes Jahr in Läfelfingen im Bereich Ruhe und Ordnung leisten müssen. Die Gemeinde fühlt sich bestätigt. Sie hatte auf das Jahr 2017 hin die Leistungsvereinbarung mit der Baselbieter Kantonspolizei aus Kostengründen gekündigt und auf das private Sicherheitsunternehmen gesetzt. Statt um die 5500 Franken, welche die Polizei für das vergangene Jahr gekostet hätte, zahlte die Gemeinde an 24 Security rund 2000 Franken, wie Verwalter Thomas Faulstich auf Anfrage informiert.

Nicht nur in finanzieller Hinsicht ist man in Läfelfingen mit 24

Security zufrieden. «Die Zusammenarbeit funktioniert gut, die Informationen über die Einsätze werden uns rasch zugestellt», so Faulstich. Vor zwei Jahren hatte die Gemeinde bemängelt, dass die Polizei keine Details zu den Einsätzen im Dorf bekanntgab, was schliesslich dazu führte, dass die Leistungsvereinbarung nur befristet abgeschlossen und schliesslich ganz aufgekündigt worden ist.

Nur noch 37 Leistungsverträge

Läfelfingen ist nicht allein. Seit 2015 das neue Polizeigesetz in Kraft getreten ist, sind die Gemeinden selber für Ruhe und Ordnung zuständig. Die Polizei bietet an, die Aufgaben in diesem Bereich an den Abenden und Wochenenden zu übernehmen, und verlangt hierfür von Gemeinden ohne eigene Gemeindepolizei vier Franken pro Einwohner und Jahr.

Immer mehr Gemeinden entscheiden sich aus Kostengründen dafür, selber für Ruhe und Ordnung zu sorgen oder eben einen privaten Betrieb damit zu betrauen. Mehr als die Hälfte der Dörfer im oberen Kantonsteil verzichtet auf eine Leistungsvereinbarung mit der Polizei. Seit 2018 arbeiten neu auch Ziefen, Niederdorf

und Waldenburg mit Sicherheitsunternehmen zusammen. In Lupingen kümmerte sich bis anhin der Gemeinderat selber um entsprechende Störungen, neu steht aber auch hier 24 Security im Einsatz. Kantonsweit bestehen nur noch 37 Ruhe-und-Ordnungs-Leistungsverträge zwischen den Gemeinden und der Kantonspolizei, wie Major Beat Krattiger, Leiter der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung, auf Anfrage mitteilt.

«Entwicklung ist problematisch»

Die 24 Security GmbH ist unter anderem in den Bereichen Personen- und Objektschutz sowie Veranstaltungsdienst tätig. Insbesondere in den Frenkentalern kommt das Unternehmen zudem oft zum Handkuss, wenn es um Dienste im Bereich Ruhe und Ordnung geht. Obwohl das Geschäft von den zusätzlichen Aufträgen profitiert, ist der stellvertretende Geschäftsführer Sven Theiler kritisch: «Ich bin der Meinung, dass prinzipiell in jedem Fall zuerst die Polizei vor Ort sein sollte. Dass in erster Linie die Gemeinden für Ruhe und Ordnung zuständig sind, erachte ich als problematisch.» Denn einerseits könne jede Situation eskalieren. Vor allem aber sei es schwierig, die

Meldungen aus der Bevölkerung richtig einschätzen zu können.

Theiler nennt Beispiele: «Manchmal ist einfach nur der Fernseher zu laut, dann handelt es sich um eine Störung der Ruhe. In anderen Fällen hingegen kann der Lärm aber zum Beispiel auf häusliche Gewalt zurückzuführen sein.» Die Einsatzzentrale der Polizei muss daher die Lärmbeschwerde am Telefon richtig interpretieren und entscheiden, ob es sich um einen Fall von Ruhe und Ordnung handelt und darum das Sicherheitsunternehmen aufzubieten sei, oder ob der Lärm aus anderen Gründen zustande gekommen ist, die zwingend ein polizeiliches Eingreifen erfordern. Nicht zu vergessen: Den externen Sicherheitsdiensten fehlen grundsätzlich die allgemeinen polizeilichen Befugnisse. Ein Fehlentscheid in der Einsatzzentrale kann also fatale Folgen haben.

Ein weiteres Beispiel: Ein freilaufender Hund ist in erster Linie ein Problem von Ruhe und Ordnung. Die Sicherheitsunternehmen sind für solche Fälle ausgerüstet. Ist der Hund jedoch aggressiv oder hat er gar jemanden gebissen, handelt es sich um ein Sicherheitsproblem.

NACHRICHTEN

Bundesrat gegen Regelung für Parteispenden

Bern | Der Bundesrat lehnt die Transparenz-Initiative ab. Er ist der Ansicht, dass eine nationale Regelung der Parteienfinanzierung und der Finanzierung von Wahl- und Abstimmungskampagnen kaum mit den Eigenheiten des schweizerischen politischen Systems vereinbar ist. Regelungen für Parteienfinanzierungen gibt es zwar in den Kantonen Tessin, Genf und Neuenburg. Im System der direkten Demokratie der Schweiz seien die Parteien aber nicht die einzigen Akteure des politischen Geschehens, sondern zum Kirchenpflegepräsidenten... Will zu den Themen noch keine Auskunft geben, verweist aber auf die Februar-Ausgabe des evangelisch-reformierten Kirchenboten. **SSC.**

Drei neue Oberbaselbieter in JSVP-Vorstand

Reigoldswil | Die Mitglieder der Jungen SVP Baselland haben an der Generalversammlung vom vergangenen Samstag auf den Wasserfällen in Reigoldswil die Gesamt-erneuerungswahlen der Parteilietung vollzogen. Neu ins Gremium gewählt wurden Nicole Roth aus Wintersingen, Philipp Völlmin aus Lausen und Bastian Miesch aus Thürnen, wie die Partei vermeldet. Sie komplettieren den Vorstand neben den Bisherigen Michael Rieder (Aesch), Pascal Lüscher (Ettingen), Dennis Brügger (Allschwil) und Daria Liach (Füllinsdorf), die zur Präsidentin gewählt wurde. **vs.**

Kollision von Liefer- und Personenwagen

Liestal | Auf der Schauenburgerstrasse in Liestal ereignete sich am Dienstag eine Kollision zwischen einem Lieferwagen und einem Personenwagen, wie die Polizei mitteilt. Aus bisher unklaren Gründen geriet eine Personenwagenlenkerin auf die linke Fahrspur und kollidierte frontal mit dem Lieferwagen. Die beiden Fahrzeuglenker seien beim Unfall leicht verletzt worden und mussten zur Kontrolle in ein Spital gebracht werden, so die Polizei. Die zwei Fahrzeuge erlitten beim Unfall Totalschaden und mussten durch ein Abschleppunternehmen abgeschleppt werden. **vs.**